



# KREISSTADT HOFHEIM AM TAUNUS

## - Stadtverordnetenversammlung -

**Gemeinsamer Antrag der  
Fraktionen: CDU, FWG, FDP**

Vorlage-Nr: **STV2024/106**

Datum: 01.07.2024

Vorgesehene Beratungsfolge:

Stadtverordnetenversammlung

Beschlussfassung

### **Rhein-Main-Link vertraglich umsetzen - für Mensch, Natur, Umwelt und Landwirtschaft**

1. Die Stadtverordnetenversammlung erkennt die Bedeutung von Gleichstromleitungen, die den im Norden der Bundesrepublik regenerativ erzeugten Strom in die großen Verbrauchszentren in der Mitte und im Süden Deutschlands möglichst verlustarm transportieren, ausdrücklich an. Durch die dichte Besiedelung, die starke Präsenz von Industrie und Gewerbe, die perspektivisch anstehende deutliche Erhöhung des Elektrizitätsbedarfs im Rahmen der Umstellung der Wärmeversorgung und der Individualmobilität sowie die zunehmende Digitalisierungsinfrastruktur rund um den Internetknoten De-Cix ist der Strombedarf in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main bereits heute sehr hoch, und er wird in Zukunft noch deutlich steigen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt daher, dass die schon lange geforderten und geplanten Stromtrassen im Übertragungsnetz vorangetrieben werden. Nur eine gesicherte Stromversorgung ermöglicht auch in Zukunft wirtschaftliche Prosperität und gutes Leben in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main und damit auch im Main-Taunus-Kreis und der Kreisstadt Hofheim. Ebenso ist zu begrüßen, dass mit dem Projekt „Rhein-Main-Link“ vier Gleichstromtrassen in einem Zug und damit besonders effizient gebaut werden sollen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung weist darauf hin, dass der Main-Taunus-Kreis der kleinste und gleichzeitig der am zweitdichtest besiedelte Landkreis in der Bundesrepublik Deutschland ist. Bereits heute ist die Flächeninanspruchnahme in unserem Landkreis außergewöhnlich hoch. Der Bedarf für weiteren Wohnungsbau in unserer Wachstumsregion, für dringend erforderliche Gewerbeansiedelungen sowie für Infrastrukturmaßnahmen verschiedenster Art (Bahntrassen, Schulen, Kindertagesstätten, Sportstätten, Radwege etc.) ist enorm. Gleichzeitig sind Grund und Boden nicht vermehrbar, sondern endlich. Konflikte mit den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes, der Naherholung und der Landwirtschaft bestehen bereits heute. Die Opportunitätskosten für die Inanspruchnahme knapper Flächenressourcen sind im Main-Taunus-Kreis sehr hoch, so hoch wie wahrscheinlich in kaum einem anderen Landkreis in der Bundesrepublik Deutschland. Hinzu kommt die Belastung der Menschen im Main-Taunus-Kreis durch bereits existierende Einrichtungen der Infrastruktur wie Bundesautobahnen, Bahntrassen und im Besonderen den Flughafen Frankfurt Main.
4. Die Stadtverordnetenversammlung weist darauf hin, dass gerade die Stadt Hofheim neben dem Rhein-Main-Link von zwei weiteren Vorhaben im Bereich des Übertragungsnetzes besonders betroffen ist. Hierzu gehört die Trasse „Ultranet“, bei der auf einer bestehenden Wechselstromtrasse eine Gleichstromverkabelung mitverlegt werden soll, die im Bereich Hofheim am Taunus zum Teil nur wenige Meter von der bestehenden Wohnbebauung verläuft. Aufgezeigte Alternativen, die eine kleinräumige Verschwenkung zum Schutz der Menschen in diesem Bereich

vorsahen, wurden zwar in Aussicht gestellt, von der Vorhabenträgerin Ampriion GmbH und der Bundesnetzagentur im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur großen Enttäuschung der betroffenen Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger bislang jedoch nicht umgesetzt. In diesem Zusammenhang ist ebenso das Vorhaben des Übertragungsnetzbetreibers TenneT zu nennen, im östlichen Main-Taunus-Kreis – bevorzugt in Eschborn – ein neues Umspannwerk zur Verbesserung der Netzstabilität mit einem Flächenverbrauch von rund zwanzig Hektar zu errichten.

5. Die Stadtverordnetenversammlung sieht es vor diesem Hintergrund mit großer Sorge, dass nach aktuellem Planungsstand mit dem Projekt Rhein-Main-Link im Main-Taunus-Kreis und gerade in Hofheim der Verlust weiterer mehr als zwanzig Hektar Fläche für zwei Konverterstationen sowie möglicherweise eine Kabel-Kabel-Übergabestation einhergehen soll. Hinzu kommt die bereits seit längerem geplante erforderliche Erweiterung des Umspannwerks in unserer Nachbargemeinde Kriftel mit einem zusätzlichen Flächenverbrauch in einer Größenordnung von bis zu zehn Hektar. In diesem Zusammenhang weist die Stadtverordnetenversammlung im Besonderen auf die Belange der Landwirtschaft im Main-Taunus-Kreis hin. Die Böden im MTK gelten als besonders fruchtbar und damit ertragreich. Der unwiederbringliche Verlust jedes einzelnen Hektars landwirtschaftlich genutzter Fläche schmerzt hier besonders und konterkariert das Ziel, Lebensmittel möglichst regional zu erzeugen. Deshalb ist bei der Planung von Trassen darauf zu achten, dass in Anspruch genommene Ackerflächen nach einem temporären Eingriff wieder für die landwirtschaftliche Nutzung zur Verfügung stehen. Auch sollte die Zerschneidung von Ackerflächen, die in der Folge nicht mehr wirtschaftlich nutzbar wären, vermieden werden.
6. Vor diesem Hintergrund fordert die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Hofheim die Bundesregierung, die Bundesnetzagentur und die Vorhabenträgerin auf, die Inanspruchnahme der knappen Ressource Boden im Main-Taunus-Kreis und in Hofheim auf das absolut notwendige Maß zu beschränken. Der Stadtverordnetenversammlung ist bewusst, dass die bestehenden Umspannwerke in Hofheim am Taunus-Marxheim und Kriftel die Endpunkte zweier der vier im Rahmen von Rhein-Main-Link verlegten Leitungen sind und daher auch das Kreisgebiet vom Trassenverlauf zwangsweise berührt ist. Gleichwohl müssen aus Sicht der Stadtverordnetenversammlung dringend alternative Planungen für die Konverterstationen – möglicherweise auch außerhalb des Kreisgebiets – in Erwägung gezogen werden. Bei der Auswahl der verträglichsten Flächen darf nicht nur die für die Vorhabenträgerin wirtschaftlichste Variante mit einem möglichst kurzen Weg zur Umspannanlage eine Rolle spielen.
7. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert, dass die Vorhabenträgerin bei der Auswahl der potenziellen Standorte für die Konverterstationen die bislang von Seiten der kommunalen Familie, der Landwirtschaft und anderer Träger öffentlicher Belange eingebrachten Anregungen offenbar in keiner Art und Weise berücksichtigt wurden. Bei dem bereits Ende Mai stattgefundenen Besuch von MdL Axel Wintermeyer, Landrat Michael Cyriax, Bürgermeister Christian Vogt und Kreislandwirt Jürgen Pauly bei der Bundesnetzagentur in Bonn wurden die Herren darüber unterrichtet, dass der bisher geplante Korridor des Trassenverlaufs der Höchstspannungsleitungen allein durch Computerprogramme entwickelt wurde, die laufende und künftig geplante regionale Projekte nicht berücksichtigt haben, wie die Wallauer Spange, erwartete Bau- und Gewerbeprojekte, sowie die Wasserschutz und Naturschutzbereiche. Damit steht die aktuelle Planung der Bundesnetzagentur im krassen Gegensatz zum Planungsrecht auf kommunaler Ebene. Daher fordert die Stadtverordnetenversammlung Hofheim die Bundesregierung und die Bundesnetzagentur auf, den auf Basis von künstlicher Intelligenz erstellten Präferenzraum, der ausgerechnet in der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main enger ist als an anderen Stellen in der Bundesrepublik, auf das sonst übliche Maß zu öffnen, sodass der Vorhabenträgerin weitere Standortalternativen für Konverterstationen und Trassenverlauf geboten werden. Gleichzeitig fordert die Stadtverordnetenversammlung die Vorhabenträgerin auf, für Mensch, Umwelt und Landwirtschaft verträglichere Standorte für die Konverterstationen in enger

Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen zu finden. Es muss dringend erwogen werden, die benötigten Erdkabel und Konverterstationen entlang von Routen zu planen, die ohnehin nicht für andere Zwecke zur Verfügung stehen (z.B. Autobahnen) oder bereits bestehende Industriebrachen zu nutzen.

**Daher bitten wir zu beschließen:**

Der Magistrat wird gebeten diese Stellungnahme der Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, der Bundesnetzagentur sowie der Vorhabenträgerin Amprion GmbH zu übermitteln, mit dem Ziel eine verträglichere Umsetzung des Rhein-Main- Link's zu erreichen.

gez. Frank Härder  
CDU

gez. Michael Henninger  
CDU

gez. Andreas Nickel  
FWG

gez. Michaela Schwarz  
FDP